

Dialog statt basta!

GdP nimmt Ministerpräsidentin Kraft in die Pflicht

Seitdem die rot-grüne Landesregierung angekündigt hat, den Großteil der Beamtinnen und Beamten in diesem und im kommenden Jahr bei der Besoldungserhöhung außen vor zu lassen, sind die Lehrer, Richter, Finanzbeamten und Polizisten auf den Barrikaden. Allein die GdP hat in den letzten drei Monaten mehr als 20 größere Protestaktionen organisiert, um Rot-Grün immer wieder mit dem von ihm begangenen Wortbruch zu konfrontieren. Zu der Großdemonstration, zu der die DGB-Gewerkschaften und der Beamtenbund für den 15. Mai gemeinsam nach Düsseldorf aufgerufen hatten, kamen sogar 10 000 Teilnehmer. Darunter mehr als 2000 Polizisten, viele von ihnen auch aus dem höheren Dienst. Dabei ist die von Rot-Grün ausgerufene Sparpolitik alles andere als alternativlos.

„Kein Land behandelt seine Beamten so schlecht wie ausgerechnet NRW. Nur Bremen verhält sich ähnlich mies. Aber auch dort regieren SPD und Grüne gemeinsam“, kritisiert GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert. Während der Anhörung zum Besoldungsanpassungsgesetz am 18. Juni im Düsseldorfer Landtag hatte der GdP-Vorsitzende noch einmal daran erinnert, dass die Landesregierung bei der Besoldungsanpassung den Beamten gegenüber im Wort ist. „Frau Kraft hat am 1. Mai in Duisburg erklärt, dass der Dialog mit den Gewerkschaften mit der heutigen Anhörung erst beginnt“, sagte Plickert im Landtag. „Dialog bedeutet aber, dass man bereit ist, aufeinander zuzugehen, und dass das Ergebnis nicht bereits im Vorhinein feststeht.“

Ob die Landesregierung trotz des Versprechens von Frau Kraft an einem echten Dialog mit den Gewerkschaften interessiert ist, ist allerdings zweifelhaft. So hat SPD-Generalsekretär André Stinka bereits am 22. Mai – drei Wochen vor der offiziell entscheidenden Landtagsanhörung – in der WAZ erklärt: „Die Entscheidung ist gefallen“. Das hört sich nach Basta-Politik an, nicht nach Dialog. Auch die stellvertretende Ministerpräsidentin Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/Die Grünen) sieht keinen Spielraum, um in der Besoldungsfrage auf die Beamten zuzugehen. Sie nutzte

einen Auftritt während des Gewerkschaftstags der Bildungsgewerkschaft GEW am 12. Juni in Düsseldorf, um die Politik der Landesregierung noch einmal als angeblich alternativlos darzustellen. Sonst müssten in NRW 14 300 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut und weitere

Zuwendungen für die Landesbeamten gestrichen werden. „Diesen Kurs werden wir bis zur Bundestagswahl am 22. September durchhalten“, erklärt Löhrmann auf dem GEW-Kongress. Auch das ist Basta-Politik, nicht Dialog.

Dabei müsste Rot-Grün es eigentlich besser wissen, denn die Drohung mit einem flächendeckenden Stellenabbau im öffentlichen Dienst hat mit der Lebensrealität nichts zu tun. „Polizisten werden eingestellt, weil sie für den Schutz der Menschen gebraucht werden, und nicht weil die GdP das fordert“, betont GdP-Vorsitzender Plickert. „Und in den ande-



ren Bereichen des öffentlichen Dienstes ist das nicht anders.“

Zudem macht die GdP massive Verfassungsprobleme gegen die Regierungspläne von Rot-Grün geltend. In der Stellungnahme für den Landtag heißt es dazu: „Bereits die seit 2003 vorgenommenen Kürzungen bei den Beamten sind Gegenstand von Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Eine Entscheidung des 2. Senats wird in diesem Jahr erwartet.“ Dass die Entscheidung auch Auswirkungen auf die jetzige Besoldungsanpassung hat, liegt auf der

→ Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Hand. Hinzu kommt, dass die Landesregierung mit ihrer Weigerung, den Tarifabschluss für alle Besoldungsgruppen zu übernehmen, das Alimentationsprinzip faktisch dem Prinzip der Schuldenbremse unterordnet. Auch das ist aus Sicht der GdP verfassungsrechtlich nicht zulässig, weil damit die Besoldungshöhe ausschließlich an der Kassenlage ausgerichtet wird.

Ob Rot-Grün die Kritik der GdP aufgreift und die Besoldungsentscheidung korrigiert, entscheidet sich spätestens bei der dritten Lesung am 10. bis 12. Juli. Bleibt Rot-Grün bei seinem Verweigerungskurs, wird die GdP nicht nur den Klageweg beschreiten, sondern ihre Protestaktionen weiter fortsetzen. Mindestens bis zur Bundestagswahl.

Keine Ausgleichszahlung bei vorzeitigem Ruhestand

Das Oberverwaltungsgericht Münster hat entschieden, dass einem Beamten, der auf eigenen Antrag bereits nach Vollendung des 60. Lebensjahres vorzeitig in den Ruhestand versetzt wird, die Ausgleichszahlung nach Paragraph 48 Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) nicht zusteht. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte dem Antrag des klagenden Polizeibeamten noch stattgegeben und ihm die steuerfreie Ausgleichszahlung zugestanden, das geschah aber nach Meinung des OVG zu Unrecht.

Die Begründung der Richter: Der Ausgleichsanspruch des Beamtenversorgungsgesetzes BeamtVG diene dazu, die finanziellen Nachteile auszugleichen, die sich daraus ergeben, dass Polizeibeamte wegen der Besonderheiten ihres Dienstes einige Jahre früher in den Ruhestand treten. Dies könne aber sowohl aus dem Sinn und Zweck sowie dem Wortlaut der Vorschrift nur für diejenigen Beamten gelten, die alleine durch Erreichen der besonderen gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand treten. Beamte, die freiwillig vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem Dienst ausscheiden, hätten zwar finanzielle Nachteile zu tragen, diese Nachteile blieben ihnen aber erspart, wenn sie bis zur besonderen Altersgrenze für Polizisten Dienst leisten würden.

Keine Basta-Politik! Das hatten wir schon einmal!

Wer in diesen Tagen auf Vertreter der Landesregierung trifft, merkt schnell, wie ausgesprochen dünnhäutig inzwischen selbst Spitzenpolitiker von Rot-Grün auf die anhaltende Kritik am geplanten Besoldungsklausur reagieren. Statt den Dialog mit den Gewerkschaften zu suchen, werden Durchhalteparolen ausgegeben. Statt nach Alternativen zu suchen, wie alle Beamten bei der Besoldungsanpassung berücksichtigt werden können, werden Abgeordnete zum Beichtstuhlverfahren einbestellt, sobald sie auch nur im Ansatz erkennen lassen, dass an der Kritik der Gewerkschaften etwas dran ist.

Bleibt es dabei, schrumpft der von Rot-Grün versprochene Aufbruch zu einem Dialog mit den Beschäftigten auf Augenhöhe zu bloßem Wortgeklingel, setzen SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Basta-Politik statt auf Dialog. Das hatten wir schon einmal! Das Ergebnis ist bekannt.

Deshalb wird die Hoffnung von Rot-Grün, dass sie mit einer „Augen-zu-und-durch-Politik“ den von ihr vom Zaun gebrochenen Konflikt mit den Beamten am Ende schadlos aussitzen kann, nicht aufgehen. Beamte und ihre Familien gehören zu den Menschen, die noch wählen gehen. Mit Beamten gewinnt man Wahlen. Ohne die Beamten verliert man Wahlen.

In der Polizei hat die Kehrtwende von Rot-Grün weg von den Beamten für tiefe Enttäuschung gesorgt. Denn die Erwartungen an Hannelore Kraft waren groß. Hatte sie doch anfangs ihrer Regierungszeit deutliche Signale gesetzt, dass ihr die Polizistinnen und Polizisten wichtig sind. Noch ist es für Rot-Grün nicht zu spät, das zerstörte Vertrauen zurückzugewinnen. Aber dafür muss sich die Regierung bewegen!

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender



Nicht mutig genug

Die GdP begrüßt grundsätzlich die von der rot-grünen Landesregierung geplanten Änderungen des Polizei- und des Polizeiorganisationsgesetzes. In einer Anhörung des Innenausschusses hat der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Karl-Heinz Kochs positiv bewertet, dass die Polizei auch in Zukunft Videokameras zur Überwachung besonders gefährdeter öffentlicher Plätze einsetzen darf. Auch die neue Möglichkeit, bei Amoklagen, Anschlagsdrohungen oder Vermisstensuchen metergenaue Ortungsdaten von Handys zu nutzen, wird von der GdP begrüßt.

Handlungsbedarf sieht die GdP hingegen bei der Telefonüberwachung. „Leider fehlt im Gesetzentwurf der Mut, auch die präventive Telefonüberwachung gesetz-

lich zu regeln“, sagte Kochs im Innenausschuss. „Das führt zu der paradoxen Situation, dass die Polizei zum Beispiel bei einer Geiselnahme auf die Strafprozessordnung zurückgreifen muss, um die notwendigen Informationen für einen möglichen Zugriff zur Rettung der Geiseln zu erhalten. Und dies, obwohl es nicht um die Sammlung von Beweisen gegen potenzielle Täter geht, sondern lediglich darum, die Geiseln zu retten.“ Die GdP drängt deshalb bereits seit langem auf eine gesetzliche Ermächtigung zur Telefonüberwachung im Rahmen der Gefahrenabwehr. Auch die Videoüberwachung im Rahmen des Objektschutzes ist nach Meinung der GdP überfällig. In Zeiten knapper Ressourcen könnte das eine deutliche personelle Entlastung bringen.



Blitzmarathon 4.0: Erfolg bleibt umstritten

3500 Polizisten waren Anfang Juni beim inzwischen 4. Blitz-Marathon in NRW im Einsatz. Die Zahlen, die Innenminister Ralf Jäger (SPD) anschließend vor der Presse präsentiert hat, sprechen eine deutliche Sprache: 28 000 der 675 000 gemessenen Fahrer waren zu schnell. 334 Autofahrer waren sogar so schnell, dass ihnen ein Fahrverbot droht, sechs von ihnen mussten den Führerschein sofort abgeben. Dabei waren die Autofahrer gewarnt, denn auch diesmal hatte der Blitz-Marathon bereits im Vorfeld ein riesiges Medienecho ausgelöst. Ob der Blitz-Marathon auch nachhaltig wirkt, ist trotzdem unter Fachleuten weiter umstritten.

Kritiker werfen Innenminister Jäger vor, beim Blitz-Marathon zu stark auf PR-Effekte zu setzen. Die Autofahrer würden zwar während des Blitz-Marathons langsamer fahren, am nächsten Tag aber umso schneller rasen. Zudem würde der Blitz-Marathon mit jeder Neuauflage an Wirkung verlieren.

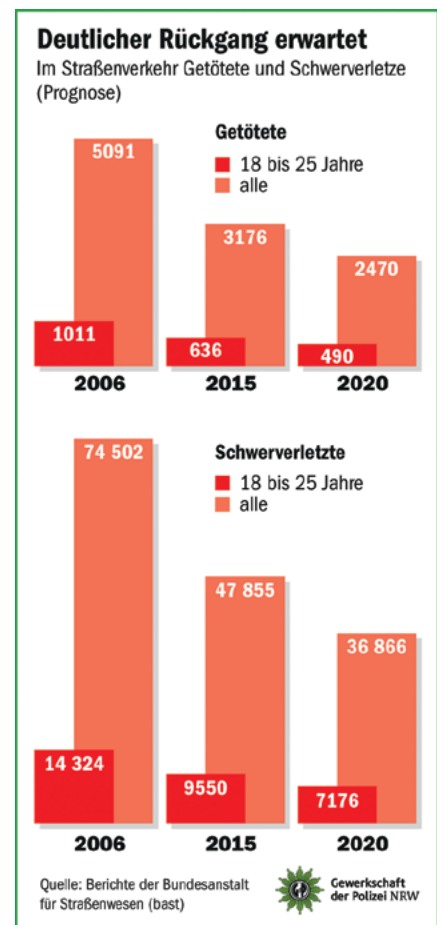
Auch die GdP drängt darauf, das Augenmerk stärker auf die Erhöhung des täglichen Kontrolldrucks zu legen. „Nur so lassen sich Raser wirksam bekämpfen“, sagte im Vorfeld des 4. Blitz-Marathons GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert. Eine Erkenntnis, die parallel mit dem Start der Blitz-Marathon-Serie seit einiger Zeit auch innerhalb der Polizei immer mehr Fuß fasst. 2012 stieg die Zahl der Geschwindigkeitskontrollen in NRW um 16 Prozent, auf fast 1,7 Millionen. „Das hat gewirkt“, sagte Plickert gegenüber Journalisten. „In keinem Flächenland ist das Risiko so niedrig, Opfer eines tödlichen Verkehrsunfalls zu werden. Ohne die täglichen Kontrollen gäbe es das Erfolgsmodell nicht.“ Auch wenn

die Zahl der Verkehrstoten in den nächsten Jahren nach Einschätzung von Experten weiter sinken wird (Grafik), drängt die GdP darauf, die Zahl der Geschwindigkeitskontrollen weiter zu erhöhen.

Kritisch bewertete die GdP hingegen Überlegungen des Innenministeriums, den Städten in Zukunft die Möglichkeit zu geben, auch außerhalb von Gefahrenstellen Blitzer aufzustellen. Zwar können auch die Kommunen mit dazu beitragen, den Flächendruck auf die Raser zu erhöhen, die GdP befürchtet aber, dass die Städte ihre neuen Rechte vor allem dazu nutzen würden, da zu messen, wo die Kontrollen das meiste Geld in die klammen Kassen spülen, und nicht da, wo es der Sicherheit der Bürger dient. „Wird das Konzept umgesetzt, sinkt die Akzeptanz der Kontrollen. Das schadet der Sicherheit“, warnte der GdP-Vorsitzende in der WAZ.

Ob die Kommunen tatsächlich ihre Blitzer-Aktivitäten ausweiten dürfen, ist noch nicht entschieden. Bislang gibt es

nur eine Absichtserklärung dazu, die in einem Schreiben des Innenministeriums an die Ratsfraktionen von SPD und Grünen im Gelsenkirchener Rathaus enthalten ist. Fest steht hingegen der Termin des nächsten Blitz-Marathons: Am 10./11. Oktober soll der erste bundesweite Blitz-Marathon starten. Das hat die Innenministerkonferenz beschlossen.



Verkehrsexperten rechnen damit, dass sich die Zahl der im Straßenverkehr Getöteten und Schwerverletzten bis 2020 im Vergleich zu 2006 halbieren wird. Obwohl jüngere Verkehrsteilnehmer häufiger in schwere Verkehrsunfälle verwickelt sind, ist der Rückgang in der Altersgruppe der 18- bis 25-Jährigen allerdings nicht größer als der bei allen Verkehrsteilnehmern.

GdP baut Position weiter aus

Bei der Wahl für die Jugend- und Auszubildendenvertretung bei der Polizei (11. bis 13. Juni) hat die GdP ihr vor zwei Jahren erzielt sehr gutes Ergebnis weiter ausgebaut: In den zehn örtlichen JAV-Gremien holten die GdP-Kandidatinnen und -Kandidaten 106 von 110 Sitzen. In der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV) entfielen auf sie alle fünf Sitze.

Das gute Abschneiden bei den JAV-Wahlen verdankt die GdP vor allem dem hohen Stellenwert, den Ausbildungsfragen bei ihr haben: „Für uns sind Polizeibeamte, die sich noch in der Ausbildung befinden, Kolleginnen und Kollegen von Anfang an. Deshalb nehmen wir Probleme, die sich während der Ausbildung ergeben, sehr ernst und versuchen für Abhilfe zu sorgen“, sagte nach der Wahl der stellvertretende GdP-Vorsitzende Karl-Heinz Kochs. Erst in den vergangenen Monaten hatte die GdP zusammen mit den Studierenden erreicht, dass es bei den bereits eingestell-

ten Kommissaranwärtern nicht zu den von Rot-Grün geplanten Verschlechterungen bei der Eingangsbesoldung kommt (DP 6/2013). Der Wahlerfolg der GdP ist aber auch der engagierten Arbeit der örtlichen Jugend- und Auszubildendenvertreter zu verdanken. „Unsere JAV-Mitglieder machen eine verdammt gute Arbeit. Das hat sich ausgezahlt“, sagt Kochs.

Am 25. Juni, nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, wird sich die neue Hauptjugendvertretung der Polizei konstituieren. Dann geht die Arbeit richtig los. Wann die konstituierende Sitzung der zehn örtlichen JAV-Gremien ist, entscheidet sich vor Ort. Aber in jedem Fall kommt auf die dort gewählten neuen Mitglieder jede Menge Arbeit zu, denn bereits am 1. September beginnt der neue Bachelorstudiengang seine Ausbildung, erstmals mit 1477 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern. Und auch im Tarifbereich warten auf die JAV etliche neue Aufgaben.



Neuer Sporterlass in Kraft!

Im Oktober 2010 wurde der Erlass „Förderung der körperlichen Leistungsfähigkeit von Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen durch Dienstsport“ (Sporterlass) in Kraft gesetzt. Vorausgegangen waren langwierige Verhandlungen mit dem Polizei-Hauptpersonalrat.



Ziel des bisherigen Sporterlasses war es, Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte zu motivieren, ihre körperliche Leistungsfähigkeit durch Sport zu verbessern bzw. zu stabilisieren. Ein wesentlicher Baustein war der Nachweis der Leistungsfähigkeit in einem Rhythmus von zwei Jahren auf der Grundlage des Deutschen Sportabzeichens, des Europäischen Leistungsabzeichens (EPLA) oder des Leistungstests der Polizei NRW.

Der Dienstherr stellte zu diesem Zweck ein Kontingent von jährlich 36 Stunden zur Verfügung, die bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen auch außerhalb des Dienstes in Anspruch genommen werden konnten. Bei Ablegen des Leistungsnachweises erfolgte eine Zeitgutschrift von 16 Stunden. Eine Abfrage des Innenministeriums ergab, dass 2011 knapp 25 Prozent der Kolleginnen und Kollegen einen Leistungsnachweis erbracht haben. Die Zahlen für 2012 liegen noch nicht vor, erste Eindrücke deuten aber darauf hin, dass sich die Zahl der Absolventen erhöht hat. Das spricht dafür, dass sich der Sporterlass in der Praxis bewährt hat.

Ab 2013 wurde das Deutsche Sportabzeichen (DSA) grundlegend verändert. Es gliedert sich jetzt in drei Stufen mit jeweils unterschiedlichen Leistungsanforderungen für Gold, Silber und Bronze. Das Ministerium nahm diese Veränderung zum Anlass, um auch den Sporterlass zu novellieren. Es wurde festgelegt, dass zukünftig neben dem EPLA und dem Leistungstest der Polizei NRW das Deutsche Sportabzeichen in Bronze Grundlage für den Leistungsnachweis im Rahmen des Sporterlasses sein soll. Da die zu erbringenden Leistungen zum Teil deutlich unter den bisherigen Anforderungen liegen, beabsichtigte das Innenministerium unter anderem, die Zeitgutschriften für

den Leistungsnachweis von 16 auf acht Stunden zu reduzieren. Dieser Absicht haben die GdP-Vertreter im Hauptpersonalrat (PHPR) massiv widersprochen.

Die geplante Stundenreduzierung kam zu einem Zeitpunkt, als es noch darauf ankam, mehr Kolleginnen und Kollegen zum Dienstsport zu motivieren. Sie war das falsche Zeichen zur falschen Zeit. Letztlich ist dieses Vorhaben am Widerstand des PHPR gescheitert. In intensiven Verhandlungen zwischen PHPR und dem Innenministerium ist es gelungen, wesentliche Forderungen der örtlichen Personalvertretungen und des PHPR in die Verhandlungen einzubringen und durchzusetzen.

Wesentliche Änderungen im neuen Sporterlass

Einführung eines jährlichen Leistungsnachweises

Die Umstellung vom Zwei-Jahres-Rhythmus auf einen jährlichen Rhythmus trägt dazu bei, die Kontinuität bei Erwerb und Erhalt der körperlichen Leistungsfähigkeit zu fördern. Die Umstellung auf das Kalenderjahr beendet ebenfalls Diskussionen über die Altersgrenze zum Leistungsnachweis. Folge dieser Änderung ist, dass jährlich für den

Leistungsnachweis acht Stunden gutgeschrieben werden.

Sport außerhalb des Dienstes

Die Möglichkeit, sportliche Betätigungen auch außerhalb des dienstlichen Angebots, z. B. in Sportvereinen und zertifizierten Sportstudios, wahrzunehmen, wurde erhalten.

Wenn der Leistungsnachweis durch Ablegen des Leistungsnachweises erbracht wird, werden für das Training 36 Stunden als Dienstzeit anerkannt. Dies war eine wesentliche Forderung aus den örtlichen Personalräten, die umgesetzt werden konnte.

Dienstunfallschutz für Kommissaranwärterinnen und -anwärter

In den Erlass wurde eine Regelung aufgenommen, die den Kommissaranwärterinnen und -anwärtern Dienstunfallschutz garantiert, wenn sie im Rahmen der Praxisausbildung in den Kreispolizeibehörden am Sportangebot der Behörden teilnehmen.

Gesundheitsprävention

Beharrlich hat der PHPR im Bereich der Gesundheitsprävention auf die Fürsorgepflicht des Dienstherrn hingewiesen. So wurde der Passus wieder aufgenommen, dass sich PVB im Rahmen der vorbeugenden Gesundheitsfürsorge un-

Sportangebote für Tarifbeschäftigte

Seit der Änderung des Sporterlasses im Oktober 2010 haben Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamtinnen und -beamte keinen Anspruch mehr, an Sportangeboten der Dienststellen teilzunehmen. Ziel des Behördlichen Gesundheitsmanagements der Polizei ist es aber, die Gesundheit aller Polizeibeschäftigten zu erhalten und zu fördern. Sportinteressierte Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte können deshalb nur im Rahmen des Behördlichen Gesundheitsmanagements an entsprechenden Sportangeboten teilnehmen. Grundsätzlich können die Beschäftigten für die Teilnahme an Maßnahmen zur Gesundheitsförderung zudem von der Arbeit freigestellt werden, sofern dies im unmittelbaren dienstlichen Interesse liegt und die dienstlichen Erfordernisse es erlauben. Zwischenzeitlich zeigt die Praxis in vielen Behörden jedoch, dass Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamten die Teilnahme an entsprechenden Sportangeboten nur im Rahmen ihrer Freizeit ermöglicht wird.

Für die GdP ist das inakzeptabel. Sie fordert, dass im Sinne der Gesunderhaltung und Prävention auch für Beschäftigte außerhalb des Polizeivollzugsdienstes wieder eine landeseinheitliche Regelung zur Teilnahme an dienstlichen Sportangeboten erfolgt. Diese Forderung wurde im Leitantrag B 5 des Landesdelegiertentages 2010 angenommen und wird auch bis zur Durchsetzung Thema im Landesfrauenvorstand sein.



tersuchen und beraten lassen können. Auch die Altersgrenze für die Untersuchungen wurde gestrichen.

Sport für Menschen mit Behinderung

Die Möglichkeit für Menschen mit Behinderung und schwerbehinderte Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte, den Leistungsnachweis durch Ablegen des Deutschen Sportabzeichens für Menschen mit Behinderung zu erbringen, wurde geschaffen.

Fazit

Die Novellierung des Sporterlasses hat auch Regelungen zur Folge, die unter dem Stand des alten Sporterlasses liegen. So werden zum Beispiel einige Sportarten (Kanufahren, Eislaufen, Skilanglauf etc.) nicht mehr als polizeiförderlich anerkannt, da sie ab 2013 nicht mehr Bestandteil des DSA sind. Insgesamt kann trotzdem festgestellt werden, dass die Novellierung des Sporterlasses gute Möglichkeiten schafft, mehr Kolleginnen und Kollegen zu motivieren, sich sportlich zu betätigen, um so ihre Leistungsfähigkeit zu verbessern. Der Ansatz des Sporterlasses von 2010, dass Teilnahme am Dienstsport Führungsaufgabe ist, hat weiterhin Bestand. Sport ist und bleibt wesentlicher Bestandteil des Behördlichen Gesundheitsmanagements der Polizei NRW.

Unter diesem Gesichtspunkt ist allerdings zu bedauern, dass der Sporterlass ausschließlich für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte gilt. Eine Ausweitung auf Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte war aber insbesondere aufgrund von Vorgaben des Landesrechnungshofs nicht verhandelbar.

Wir sind die GdP

Als der Artikel „Düren vor allen Türen“ Ende vergangenen Jahres erschienen ist, war die Aufregung groß. Nicht nur in Recklinghausen, wo der Text entstanden war, sondern landesweit. Selbst im Internet lässt sich der Artikel bis heute recherchieren. „Das zeigt, dass Print wirkt. Auch nach 34 Jahren noch, in denen es die „Herta an alle“ gibt“, sagt der Recklinghäuser GdP-Vorsitzende Willi Puksic-Hower nicht ohne Stolz. „Herta an alle“ ist ein wandelbares Medium. „Wir haben auch schwere Jahre erlebt, aber wir haben sie nie sterben lassen“, sagt Puksic-Hower.



Längst sind die Zeiten vorbei, in denen die Zeitung der Kreisgruppe noch auf der Schreibmaschine entstand ist und in Schwarz-Weiß gedruckt wurde. „Aber das DIN-A5-Format haben wir bis heute beibehalten. Die Kollegen lieben es“, ergänzt Norbert Sperling, seit vier Jahren verantwortlicher Blattmacher in Recklinghausen. Und noch etwas ist wichtig: „Wir greifen bewusst auch politische Themen auf, zum Beispiel die Frage, wie es um die soziale Gerechtigkeit in Deutschland bestellt ist, und nicht nur Polizei- und GdP-Themen.“

Gut ein Dutzend Kreisgruppen-Zeitungen gibt es landesweit, früher waren es mehr. Doch die, die dabei geblieben sind, sind vom Erfolg ihres Konzepts überzeugt. Manche Zeitungen wirken auf den ersten Blick noch etwas selbstgestrickt, andere kommen hoch professionell daher. Werden zum Teil sogar im DIN-A4-Format gedruckt, wie die „Kölsche Polizei“ der Kreisgruppe Köln und die „eins“ der Kreisgruppe LKA. Aber alle Blätter, so unterschiedlich sie im Einzelnen auch sind, werden mit viel Herzblut gemacht, und mit viel Insiderwissen. Bei den Kolleginnen und Kollegen in den Polizeibehörden kommt das gut an. Für sie sind die Kreisgruppenzeitungen ein Ausweis der Fachkompetenz der GdP.

Unter dem Motto „Print wirkt“ haben sich Anfang Juni die Redakteure mehrerer Kreisgruppenzeitungen der GdP erstmalig auf einem Fachseminar des Landesbezirks zu einem Erfahrungs- und Meinungsaustausch getroffen. In den kommenden Jahren sollen weitere Seminare folgen.

Anzeige

Radiologische Gemeinschaftspraxis

**I. Wendt • Dr. A. Jachtmann • Dr. (B) R. Frank • Dr. B. Nebelung
Dr. H. Wegner • Ch. Baumgartner • Dr. J. Meyer • Dr. M. Müller**

Oberdießemer Str. 96 • 47805 Krefeld
Tel.: 021 51/4 99-0 • Fax 499 299



Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 5. 7. Heinz Kühn, Nettetal
- 8. 7. Elisabeth Ahrendt, Duisburg
- 13. 7. Irene Kain, Moers
- 19. 7. Karl Noch, Moers
- 22. 7. Elfriede Lehnen, Essen
- 27. 7. Josef Rettig, Lübeck
- 30. 7. Gertrud Brandt, Wuppertal

91. Geburtstag

- 6. 7. Wanda Sowada, Duisburg
- 7. 7. Hildegard Schaefer, Wuppertal
- 8. 7. Walter Ströse, Dülmen
- 9. 7. Herbert Kersten, Gelsenkirchen
- 11. 7. Margarethe Schmitz, Heidelberg
- 12. 7. Anna Kirschev, Düsseldorf
Josef Lewandowski, Dortmund
- 14. 7. Walter Dunker, Dortmund

- 15. 7. Elisabeth Kuchejda, Essen
- 21. 7. Madiitha Schwanke, Bergkamen

92. Geburtstag

- 1. 7. August Bökler, Kreuzau
- 2. 7. Lieselotte Porsch, Oberhausen
Hildegard Wilczek, Düren
- 4. 7. Gertrud Krizon, Löhne-Gohfeld
Werner Spieker, Datteln
- 5. 7. Hildegard Holz,
Gelsenkirchen
- 14. 7. Barbara Aulenkamp,
Rheda-Wiedenbrück
- 18. 7. Christine Kersjes, Oberhausen
- 21. 7. Margarete Bökemeier, Bochum
- 28. 7. Richard Golinski, Leverkusen
Erich Matzeit, Bielefeld
- 31. 7. Hilde Halfmann, Wuppertal
Magdalene Maronde, Köln

93. Geburtstag

- 4. 7. Betty Porscha, Bonn
- 7. 7. Alwine Winkler, Mettmann
- 10. 7. Margarete Kolbe, Bielefeld

- 11. 7. Johanna Thoerner, Leverkusen
Ilsa Wüstenbecker, Lemgo
- 16. 7. Mathilde Strube, Lippstadt
- 19. 7. Kurt Lutz, Wuppertal
Karola Oeffner, Euskirchen
- 20. 7. Hildegard Krabbe, Bad Salzuflen
- 29. 7. Jakob Claren, Bonn

94. Geburtstag

- 15. 7. Heinrich Palmer, Münster
- 17. 7. Irmgard Küppers, Remscheid

95. Geburtstag

- 15. 7. Gertrud Keggenhoff, Soest
- 31. 7. Hubert Ruhnau, Bonn

97. Geburtstag

- 19. 7. Meta Berger, Gelsenkirchen

98. Geburtstag

- 10. 7. Marianne Ingendahl, Siegburg
- 29. 7. Wilma Birkemeyer, Essen

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.

Afrika, Asien und Alaska an einem Tag erleben, das verspricht in diesem Jahr der GdP-Familientag am 20. Juli in der ZOOM-Erlebniswelt in Gelsenkirchen. GdP-Mitglieder und ihre Familien können zum Sonderpreis einen Tag lang mitten in die authentisch gestalteten Lebenswelten der Tiere abtauchen. Ob Dschungel, Savanne oder Seenlandschaften, eine abenteuerliche Erlebnisreise für Groß und Klein ist garantiert. Weitere Highlights an dem Tag – exklusiv für unsere Mitglieder, sind das GdP-Zoo-Quiz, mit Chance auf einen tollen Hauptgewinn, kommentierte Fütterungen in den Tiergehegen und der GdP-Infostand.

Für das leibliche Wohl sorgt ab 12.30 Uhr ein Suppenbuffet auf den „GdP-Terrassen“ am Grimberger Hof. Hier haben GdP-Mitglieder und ihre Familienangehörigen die Möglichkeit, sich einmal fernab vom üblichen Polizeialltag mit den Kolleginnen und Kollegen auszutauschen und in Ruhe zu essen. Die GdP-Coupons für den vergünstigten Eintritt können bei der örtlichen Kreisgruppe bezogen werden. Mehr Infos: GdP-Servicebüro, Tel.: 02 11/29 10 110.



→ GdP-Info-Stand
→ GdP-Zoo-Quiz
→ kommentierte Tier-Fütterungen

Sonderpreis für GdP-Mitglieder
13,00 € / P. statt 17,50 € / P.
Kinder 8,50 € / P. statt 11,50 € / P.
inkl. Suppenbuffet und Getränk



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01 32
Telefax (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die August-Ausgabe ist der 8. Juli 2013.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de



Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüros**
in Kurzfassung - Juli 2013



Spaniens Mittelmeerküste Barcelona & Valencia 1. - 8. November 2013



Eingeschlossene Leistungen:

- Flug ab/bis Düsseldorf nach Barcelona
- 7 Übernachtungen in 4*- Hotels (3x zentral in Barcelona und 4 x im Strandhotel in Peniscola)
- 7 x Frühstücksbuffet
- 4 x Abendessen im Hotel (4.-7. Tag)
- 1 Weinprobe in Penedes
- Transfers und Ausflüge im modernen Reisebus
- Örtliche Deutsch sprechende Reiseleitung
- alle gemäß dem Programm anfallenden Eintrittsgelder

**Reisepreis pro Person
im Doppelzimmer ab € 899,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Reiseausschreibung an!

GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf
Tel.: 0211/29101-44/45/64/65 • Fax: 0211/29101-15 www.gdp-reiseservice.de • pinguin@gdp-reiseservice.de



Der Ruhestand ist eine wunderbare Zeit. Die Anstrengungen des Arbeitslebens liegen hinter uns. Stress und Hektik des Berufslebens sind vorbei.



GdP – auch im Ruhestand eine große Familie

Stützpunktsitzung auf einem Tisch
 * Das Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen aufrechterhalten
 die Hauptaufgabe der Senioren-Gruppe
 * Wenn, wenn es die Arbeit erfordern
 keine Teilnahme an der Sitzung – sondern für GdP arbeiten
 * Mit und für – nicht nur in Notlagen
 Arbeitslebenslebens – Arbeit ist gut

Aber das gilt nicht für die Gründe, Mitglied in der GdP zu sein. Mit allen Rechten mit allen Möglichkeiten und allen Vergünstigungen.

Warum es auch im Ruhestand attraktiv ist, Mitglied in der GdP zu sein, verrät ein vierseitiger Flyer der Senioren-Gruppe des Landesbezirks, der in Zukunft in NRW an alle Mitglieder verteilt wird, die aus dem aktiven Berufsleben bei der Polizei ausscheiden.

„Mit dem Flyer wollen wir ein deutliches Zeichen setzen, dass uns unsere Kolleginnen und Kollegen auch nach dem gemeinsamen Arbeitsleben wichtig sind. Und dass die GdP auch für ihre älteren Mitglieder viel zu bieten hat. Von der Beratung bei Versorgungs- und Beihilfefragen bis zum gemeinsamen Ausflug“, betont der Seniorenvorsitzende der GdP, Bernhard Heckenkemper. „Das wissen auch unsere Senioren. Deshalb halten sie auch nach dem Ende ihres Berufslebens der GdP die Treue.“

Den Flyer gibt es auch auf der Homepage zum Download.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Aachen

1. August, Seniorenjahresfahrt, mit dem Bus nach Bad Neuenahr-Ahrweiler zur Dokumentationsstätte Regierungsbunker, ca. 1½ Std. Führung. Anschließend freie Zeit oder Rotwein-Wanderweg. Treffpunkt: 8.45 Uhr, Abfahrt 9.00 Uhr, Rückfahrt wird im Bus festgelegt. Kostenbeitrag 20 Euro/p. P., Anmeldung: Ralf Dünzer, Telefon: 02 41/ 95 77-2 30 03, Anmeldeschluss 25. Juli. Begrenzte Teilnehmerzahl!

Kreisgruppe Bergisches Land

9. Juli, das Treffen der Senioren in Langerfeld fällt aus! Nächster Termin ist am 13. August 2013 um 14.30 Uhr

Kreisgruppe Bochum

11. September, Seniorentagesfahrt nach Kassel, Besichtigung der Herkules-Statue, von Schloss Wilhelmshöhe und Schloss Wilhelmthal, nähere Infos oder Anmeldungen: Herbert Weber, Telefon 02 34/30 80 48

Kreisgruppe Köln

18. Juli, Mitgliederversammlung der Seniorengruppe mit Neuwahlen des Vorstandes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten, separate Einladungen werden nicht versandt. Im Anschluss informiert Klaus-Peter Schmottlach von der PVAG über die Pflegezusatzversicherung auch für Senioren. Treffpunkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

Kreisgruppe Köln

Achtung! Die Beratungsstelle des PP Köln ist ab sofort nur noch zweimal im Monat – am ersten und dritten Dienstag –

Glücksnummern des Monats

45 23191
 Claudia Stamm, Aachen
 45 18472
 Thomas Klauth, Aachen
 45 22811
 Jörg Reuter, Paderborn
 45 22310
 Jürgen Mohns, Köln

Die Gewinner erhalten eine Leder-Kombibörse „Quadrat“.

von 9.30 bis 12.30 Uhr besetzt. Telefon 02 21/2 29-20 81, E-Mail senioren@gdp-koeln.de

BV Münster

10. Juli, Seniorenkonferenz des BV Münster, Treffpunkt: 9.30 bis 16.00 Uhr, Casino LAFP (früher Polizeischule „Carl Severing“), Weseler Str. 264, 48151 Münster

GdP aktiv

4. 7., „Die Macht der Rocker“, Kriminalforum der GdP, Düsseldorf

13. 7., Polizei NRW „Ein Tag mit uns“ in Dortmund

20. 7., GdP-Familientag, ZOOM-Erlebniswelt, Gelsenkirchen, mit Sonderkonditionen für GdP-Mitglieder

NACHRUFE

Gerhard Albach	17. 6. 1935	Dortmund	Berta Ludwig	23. 9. 1916	Düsseldorf
Helmut Boike	13. 6. 1934	Olpe	Gerhard Mellwig	20. 10. 1922	Duisburg
Hermann Bormann	21. 3. 1930	Mönchengladbach	Leonhard Moberg	21. 10. 1939	Aachen
Heinz Bornemann	8. 5. 1940	Unna	Harold Patt	25. 12. 1950	Siegen
Johannes Eilert	14. 11. 1919	Gelsenkirchen	Roland Peschta	19. 4. 1955	Märkischer Kreis
Heinrich Fett	27. 7. 1923	Bonn	Felizitas Pfeiffer	27. 10. 1947	LZPD NRW
Hans Flasdick	3. 10. 1920	Bergisches Land	Ingrid Radtke	18. 11. 1930	Bochum
Elfriede Gorski	13. 7. 1914	Dortmund	Hans Reichert	16. 12. 1925	Märkischer Kreis
Rosemarie Hadamek	7. 3. 1937	Bergisches Land	Margarete Riedel	16. 4. 1924	Gütersloh
Franz Hellebrand	20. 5. 1929	Bergisches Land	Gustav Sauer	15. 7. 1922	Köln
Rolf Helten	3. 9. 1943	Dortmund	Heinz Scheuch	21. 4. 1927	Autobahnpolizei Münster
Else Hummeltenberg	24. 5. 1921	Rheinisch Bergischer Kreis	Peter Schirk	21. 8. 1952	Neuss
Peter Kohl	14. 7. 1920	Krefeld	Anselm Schnabel	18. 3. 1919	Bergisches Land
Karl Friedrich			Magdalena Schneider	22. 8. 1920	Neuss
Kohlhaas	12. 11. 1938	Düren	Birgit Simon	4. 5. 1967	BZ Brühl
Walter Kranz	28. 12. 1920	Bonn	Wanda Steck	4. 7. 1921	Essen/Mülheim
Marianne Kuhnert	11. 3. 1928	Minden-Lübbecke	Else Weingärtner	11. 6. 1930	PAI Bochum
Werner Leese	8. 11. 1919	Duisburg	Ludwig Wesender	22. 9. 1951	Regio Köln
			Konrad Westerkamp	14. 6. 1929	Neuss

